BULLETIN
DER
BUNDESREGIERUNG

Nr. 107-3 vom 3. November 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

beim Wirtschaftspolitischen Frühstück der IHK Berlin
am 3. November 2026 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Stietzel,

Frau Schreiner,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung zum Wirtschaftspolitischen Frühstück der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin – ohne Frühstück. Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, heute Morgen bei Ihnen zu sein. Herzlichen Dank für das liebenswürdige Zitat aus dem Jahr 2005: „Eine Gesellschaft, die nicht streitet, schläft ein.“ Ja, ich kann mich daran erinnern, dass ich das gesagt habe, nicht ahnend, dass ich heute mal hier als Bundeskanzler stehe und sagen muss, in diesem Sinne ist die Koalition hellwach.

Meine Damen und Herren, wir treffen uns zu einer nicht ganz einfachen Zeit. Lassen Sie mich zunächst einmal sagen: Ich bin immer wieder von diesem Haus beeindruckt. Es ist ja nun, wenn ich das richtig weiß, seit fast 30 Jahren Ihr Haus. Das Haus ist zu einem Wahrzeichen für die Berliner Wirtschaft geworden. Diese 15 Stahlbögen, wie ich mir habe sagen lassen, sind für Sie, für die Berliner Wirtschaft, eine tragende Struktur im doppelten Sinne des Wortes. Das verbindet sich mit dieser Weltoffenheit und dieser Zukunftsoffenheit, die Sie gerade auch noch einmal beschrieben haben, Herr Stietzel.

Als Sie hier eingezogen sind, war Berlin noch eine andere Stadt. Helmut Kohl war im Amt, wenn auch nur noch für wenige Tage. Die Berliner Wirtschaft hat seitdem ein

wirklich bemerkenswertes Wachstum hingelegt. Sie haben es gerade beschrieben. Sie macht wirklich etwas her. Es ist eine traditionsreiche Mischung aus Industrieunternehmen, aus Mittelstand, aus Start-ups. Sie alle haben dafür gesorgt, dass die Stagnation, die Deutschland für viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte erfasst hat, in Berlin tatsächlich nie existiert hat. In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank, herzlichen Glückwunsch auch für dieses dynamische Wachstum über dem Bundesdurchschnitt!

Das ist nicht nur der Erfolg der Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer, das ist auch der Erfolg Ihrer IHK. Sie vertreten, wie wir alle wissen, Unternehmen verschiedenster Größenordnung – Sie haben es gerade in dem Film auch noch einmal gezeigt –, und Sie vertreten die Berliner Wirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt. Sie setzen sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die Unternehmen stimmen. Das tun sie – die Rahmenbedingungen in Berlin sind gut, jedenfalls, soweit Sie sie beeinflussen können –, aber die Lage in Berlin ist insgesamt nicht einfach.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich sage: Wir in der Bundesregierung haben schon einiges auf den Weg gebracht, versuchen es jedenfalls, damit wir insgesamt in Deutschland vorankommen.

Ich will nur wenige Stichworte nennen: Wir haben gleich zu Beginn der Wahlperiode – ich sehe hier auch Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus – eine relativ große Unternehmenssteuerreform auf den Weg gebracht. Wir haben Abschreibungsbedingungen geschaffen, wie wir sie in Deutschland selten hatten. Wir haben die Körperschaftssteuersenkung beschlossen. Sie wird ab dem Jahr 2028 Schritt für Schritt in Kraft treten. Und wir kommen auch beim Bürokratieabbau voran. Wir haben jetzt insgesamt zwei große Entlastungskabinette gehabt mit einem Entlastungsvolumen beim Erfüllungsaufwand für die Bürokratie von ungefähr zehn Milliarden Euro für die gesamte Wirtschaft in Deutschland.

Ich weiß, das ist alles noch nicht genug, aber wir sind auf dem Weg, weil wir gesehen haben, wo die Probleme gerade bei der hohen Bürokratiedichte in unserem Lande liegen. Ich kann Ihnen so viel sagen: Wir werden in den nächsten Monaten die ersten

praktischen Ergebnisse sehen. Wir haben das Infrastrukturzukunftsgesetz verabschiedet. Es ist in Kraft. Es ist ein Gesetz, mit dem sich die Genehmigungsverfahren für große Infrastrukturvorhaben drastisch vereinfachen.

Diejenigen, die die Autobahnen in Deutschland ein bisschen besser kennen, wissen, dass auf der sogenannten Sauerlandlinie – das ist die wichtigste Verkehrsverbindung zwischen dem Rhein-Ruhr-Gebiet und dem Rhein-Main-Gebiet – diese Brücke, die dort mal zusammengebrochen ist beziehungsweise gesprengt werden musste, innerhalb von gut drei Jahren wieder aufgebaut worden ist – unter Verzicht auf alle möglichen Genehmigungsverfahren, unter Verzicht auf ein neues Planfeststellungsverfahren, alles mit Sondergenehmigungen. Das, was wir dort mit vielen, vielen Ausnahmen gemacht und Ende 2025 eingeweiht haben, wird in Zukunft der Regelfall für Genehmigungsverfahren in ganz Deutschland sein. Das heißt, wir werden in Zukunft schnell bauen, schnell umsetzen können. Das Geld ist da. Und die Genehmigungsverfahren sind jetzt auch neu geordnet.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch sagen – der eine oder andere von Ihnen wird es mitbekommen haben –: Wir hatten gestern den zweiten großen Digitalgipfel hier in Berlin, im letzten Jahr zusammen mit Frankreich, bei dem wir eine enge Partnerschaft mit Frankreich bei der Digitalisierung beschlossen haben. Wir hatten gestern den zweiten. Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) stand im Vordergrund. Ich sage das mit großem Respekt auch vor der Berliner Start-up-Szene: Sie sind ein Start-up-Standort geworden wie kein zweiter in Deutschland. Jedes zweite Unternehmen, das neu gegründet wird, wird KI-basiert gegründet, insbesondere hier in Berlin.

Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass Deutschland ein modernes, das modernste europäische KI-Land bis zum Jahr 2030 wird. Das sind nicht Ankündigungen, sondern wir sind mittendrin in diesem Prozess. Mit Karsten Wildberger als dem zuständigen Digitalisierungs- und Staatsmodernisierungsminister – das ist übrigens das erste Mal, dass es so etwas in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt, mit vollen Querschnittkompetenzen durch die gesamte Bundesregierung – haben wir jemanden aus der Privatwirtschaft für die Bundesregierung gewonnen – ich will es hier einfach noch einmal sagen –, der einen super Job macht. Wir kommen bei dem

Thema Staatsmodernisierung und Digitalisierung wirklich in großer Geschwindigkeit voran.

Das bin nicht ich, der das sagt, sondern das ist zum Beispiel Julia Jäkel, die ja mit in der Kommission für einen modernen Staat war, die gesagt hat: Wir erleben zurzeit den größten Modernisierungsschub, den wir in Staat und Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten jemals erlebt haben.

Ja, wahr ist: Das ist alles noch nicht spürbar, das ist alles im Alltag noch nicht jeden Tag greifbar. Aber allein die Tatsache, dass wir im letzten Jahr 2025 3.500 Start-up-Gründungen in Deutschland hatten, allein die Tatsache, dass schon zur Mitte des Jahres 2026 weitere 3.000 Start-up-Unternehmen in Deutschland gegründet worden sind – noch einmal sehr viele davon hier in Berlin –, zeigt, dass wir hier eine muntere Unternehmensgründungsszene haben. Neue Unternehmen würden nicht gegründet, von jungen Leuten und auch von Älteren nicht, wenn sich damit nicht die Hoffnung und die Zuversicht verbinden würde, dass es sich an einem solchen Standort wie Deutschland lohnt zu investieren. Das ist aus meiner Sicht ein wirklich ermutigendes Zeichen. Noch einmal: Wir wollen bis zum Jahr 2030 ein modernes, das moderne KI-Land in Europa werden. Den Weg gehen wir, und das Ziel werden wir auch erreichen.

Ich will in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen: Wir suchen nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt Partner, die uns auf diesem Weg begleiten, die diesen Weg mit uns gehen. Wir hatten gestern Polen, Finnland und weitere europäische Länder bis hin zu Kanada dabei, die jetzt ganz fest mit uns verbunden sind, bis hin zu gemeinsamen Unternehmen, die sich zusammengeschlossen haben oder neu gegründet werden. Das heißt, hier entsteht ein Ökosystem, KI-basiert, das wirklich mit den großen Entwicklungen Schritt halten kann, zum Beispiel in den USA und auch in der Volksrepublik China.

Was ich Ihnen hier sage, das hätte ich nicht gewagt, vor zwei Jahren von dieser Stelle aus zu sagen: Wir haben die Chance, das zu erreichen, was Präsident Macron schon im Jahr 2017 – damals etwas ungläubig bestaunt und beschwiegen, auch aus

Deutschland – in seiner ersten berühmten Rede vor der Pariser Sorbonne Universität gesagt hat, dass wir europäische Souveränität erreichen wollen.

Genau das können wir erreichen: europäische Souveränität. Das heißt nicht Autarkie. Wir sind damit nicht völlig unabhängig von allen anderen. Aber wir schaffen Souveränität in dem Sinne, dass auch andere von uns abhängig sind und wir anderen, insbesondere den USA, bei diesen Themen auf Augenhöhe begegnen können. Genau das ist das Ziel. Genau deshalb bin ich auch in der Europäischen Union so engagiert, damit wir mit europäischen Partnern zusammen diesen Weg gehen. Bitte lassen Sie uns nicht unterschätzen – bei aller Kritik, die im Detail auch immer wieder berechtigt ist –, welchen großen Vorteil wir haben, in einem großen europäischen Binnenmarkt mit 450 Millionen Verbrauchern zu leben, mit 27 Mitgliedstaaten, die in diesem Bereich, in dieser Hinsicht, alle dasselbe Ziel verfolgen, nämlich ein moderner Industriestandort in ganz Europa sein zu wollen. Davon wird kein Land so profitieren wie die Bundesrepublik Deutschland.

Nun ist wahr, dass wir vor diesem Hintergrund noch eine ganze Reihe von Hausaufgaben im eigenen Lande zu erledigen haben. Insbesondere müssen wir unseren Sozialstaat bezahlbar und zukunftsfest gestalten. Wir müssen dafür sorgen, dass die Unternehmen nicht weiter mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet werden, dass sie nicht durch steigende Lohnnebenkosten immer mehr stranguliert werden.

Wir haben in allen drei Teilsystemen – Rente, Gesundheit und Pflege – die ersten Schritte umgesetzt. Die ersten Reformen sind bereits verabschiedet. Wir sind dabei, eine große Rentenreform vorzubereiten. Die Blaupause dafür haben wir durch die Alterssicherungskommission, die nicht nur aus Wissenschaftlern zusammengesetzt war, sondern auch aus Praktikern und drei Vertretern der Koalitionsfraktionen; drei Abgeordnete haben als stellvertretende Vorsitzende mit in dieser Kommission gesessen. Sie hat am 23. Juni einstimmig einen Bericht, einen umfassenden Vorschlag, vorgelegt, wie wir das deutsche Alterssicherungssystem neugestalten können. Wir nutzen in diesem Zusammenhang erstmals auch umfassend die Chancen des Kapitalmarktes innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bitte lassen Sie uns auch nicht unterschätzen, was das bedeutet. Wir haben durch das bereits beschlossene, in Kraft getretene Altersvorsorgedepot, das ab dem 1. Januar 2027 vollumfänglich genutzt werden kann, und durch die auf den Weg gebrachte Frühstartrente jetzt einen wirklichen Paradigmenwechsel in Deutschland vollzogen, was die Alterssicherung angeht. Wir verlassen uns nicht mehr allein auf umlagefinanzierte Systeme, sondern wir werden in der Breite der Bevölkerung, in der ersten Säule der Alterssicherung, also in der Rentenversicherung, ein kapitalgedecktes Element einführen, das individualisiert ist und vom ersten Tag an eigentumsgeschützt jedem einzelnen Versicherten mit dem Aufbau einer kapitalgedeckten zusätzlichen Altersversorgung zugutekommt.

Das, was wir hier in der Koalition miteinander verabredet haben, wäre – auch das will ich in diesem Zusammenhang einmal anerkennend sagen – mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor Jahr und Tag noch nicht möglich gewesen. Wir haben das mit der SPD vereinbart. Das ist auf dem Weg. Und wenn wir die große Rentenreform in den wesentlichen Teilen jetzt noch vor Weihnachten im Kabinett verabschieden – im rentenrechtlichen Teil ausformuliert, im kapitalmarktrechtlichen Teil in den Eckpunkten festgelegt –, dann gehen wir mit dem Altersvorsorgedepot, mit der dann ab dem Schuljahr 2027/2028 beginnenden Frühstartrente und mit dieser Rentenreform wirklich mit einem – ich wiederhole das Wort – Paradigmenwechsel in der Altersvorsorge unseres Landes in das neue Jahr 2027. Perspektivisch werden die Beiträge sinken und die Leistungen aus diesem System steigen.

Wir machen damit etwas, was andere Länder in Europa schon vor vielen Jahren gemacht haben. Wir haben uns ganz wesentlich am schwedischen Modell orientiert. Und wir bekommen damit zweierlei: Wir bekommen damit eine sichere Altersversorgung, demografiefest, und wir bekommen gleichzeitig Geld in den eigenen Kapitalmarkt, das zur Verfügung steht, um Unternehmensfinanzierung in Deutschland nicht mehr nur über die Banken, sondern auch und vor allem über den Kapitalmarkt zu ermöglichen. Das ist immer eine Schwäche unseres Standortes gewesen. Das ist immer auch eine bei uns vernachlässigte Größe gewesen. Wir hatten zwischen Politik und Wirtschaft immer relativ große Abstände, nicht nur geografisch zwischen Bonn und Frankfurt – noch größer geworden zwischen Berlin und Frankfurt –, sondern wir hatten immer

auch Hemmungen, dieses Thema so für Altersvorsorge, Vermögensaufbau und Unternehmensfinanzierung zu nutzen, wie andere Länder das längst gemacht haben. Wir haben das jetzt in der Koalition hinsichtlich der ersten großen Themen auf den Weg gebracht.

Nun, das alles zeigt: Es hat Wirkung. Wir haben im Jahr 2026 ein Wirtschaftswachstum von etwa 1,3 Prozent zu erwarten. Die Prognosen sind im Laufe des Jahres glatt verdoppelt worden, zum Teil auch wider Erwarten. Ich gebe zu: Auch ich hätte das erst für das Jahr 2027 erwartet, nicht schon für das Jahr 2026. Wahr ist aber auch: Dieses Wachstum ist noch nicht selbsttragend und dauerhaft. Es ist ganz überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich durch Kredite finanziert, durch kreditfinanzierte Infrastrukturvorhaben, durch kreditfinanzierte Nachfrage in der Verteidigungsindustrie. Aber auch gerade dazu will ich mich ausdrücklich bekennen.

Wenn wir das im letzten Jahr nicht gemacht hätten – ich weiß, dass das für uns und auch für mich persönlich ein nicht ganz unerhebliches Glaubwürdigkeitsproblem mit sich bringt –, wenn wir nicht auf diese Art und Weise auch die Bundeswehr neu aufgestellt und neu finanziert hätten, dann hätten wir Anfang Juni letzten Jahres die Nato nicht zusammengehalten. Das war die Entscheidung, die wir treffen mussten, um auf die Herausforderung angemessen zu antworten, die wir durch den Krieg in der Ukraine nun seit fast fünf Jahren erleben. Das ist eine Herausforderung, die wir alle in dieser Dimension so nicht vorausgesehen haben.

Für mich – auch das will ich hier offen sagen – haben den letzten Anstoß der Besuch von Selenskyj im Weißen Haus im Februar des letzten Jahres und die Szenen gegeben, die sich dort abgespielt haben. Er wird gleich über Mittag wieder bei mir sein. Dann wird das etwas anders ablaufen. Aber das, was wir im letzten Jahr erlebt haben, war der letzte Anstoß dafür, dass ich gesagt habe: Wir müssen jetzt selbst dafür sorgen, dass wir uns in Europa verteidigen können – nicht, um damit die Nato infrage zu stellen, sondern ich sage immer wieder zwei Sätze: *Erstens*, wir müssen uns verteidigen können, wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. *Zweitens*, wir machen die Nato europäischer, damit sie transatlantisch bleiben

kann. Das sind die beiden Leitlinien in der Außen- und Sicherheitspolitik, die wir in der Bundesregierung verfolgen.

Nun will ich aus Gründen der Kürze und auch, um die Möglichkeit zu verschaffen, gleich noch in eine kurze Diskussion mit Ihnen einzusteigen, einen kurzen Blick auf die Berliner Landespolitik richten, denn das, was wir zurzeit in den Diskussionen und den Gesprächen um eine mögliche Koalition unter Führung der Linkspartei in Berlin erleben, macht uns große Sorgen – nicht nur wegen Berlin, sondern es macht uns auch große Sorgen wegen der Ausstrahlungswirkung für ganz Deutschland. Wenn in Deutschland, wenn in der Hauptstadt unseres Landes offen über Enteignungen geredet wird, dann hat das Auswirkungen bis hin zu den Kapitalmärkten in London, Paris und New York. Also bitte betrachte dies niemand hier als eine Privatangelegenheit von Berlin. Abgesehen davon weiß ich gar nicht, wie man so etwas eigentlich bezahlen will. Wir müssten eigentlich miteinander das Selbstverständnis aufbringen, dass der Schutz des Eigentums zu den Grundprinzipien unserer Wirtschaftsordnung gehört und dies auch so bleiben sollte.

Ich jedenfalls möchte das nicht, denn nur, wer Eigentum verlässlich schützt, bewahrt Vertrauen. Und ohne Vertrauen gibt es keine Investitionen. Das ist ein ganz einfacher Satz, im Grunde eine Banalität. Durch Vergesellschaftung entsteht nicht ein einziger neuer Arbeitsplatz, entsteht nicht eine einzige neue Wohnung. Und wenn Wohnungen verstaatlicht werden, werden nicht nur Immobilieninvestoren ihr Geld zurückverlangen, sondern es wird insgesamt dem Wirtschaftsstandort massiv schaden.

Diese Diskussion schafft Verunsicherung. Und sie wäre eigentlich überflüssig, wenn diejenigen, die zurzeit die Gespräche führen, den Berliner Appell, den offenen Brief von Gründerinnen und Gründern, Investorinnen und Investoren aus Berlin, respektieren würden. Weil ich weiß, dass auch einige der Autoren dieses offenen Briefs hier im Publikum sitzen, will ich ausdrücklich Danke sagen, dass Sie sich darin so offen und so klar zu diesem Thema positioniert haben; denn das, was hier gerade in Berlin diskutiert wird, ist für Sie und für uns alle in Deutschland existenziell. Meine Damen und Herren, in diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank.

Lassen Sie mich vielleicht abschließend noch eine Bemerkung zur geopolitischen Lage machen, damit wir es alle richtig einordnen. Wir sprechen viel über die Innenpolitik, die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik, aber täuschen wir uns bitte alle zusammen nicht, was wir gegenwärtig auf der Welt erleben. Dies ist nicht eine lineare Fortsetzung dessen, was wir in den letzten 70 oder 75 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in den letzten 36 Jahren der Geschichte der Einheit Deutschlands erlebt haben. Das sind vielmehr so tiefgreifende Verwerfungen, dass wir wahrscheinlich erst mit einigen Jahren Abstand im Rückblick wirklich verstehen, was da im Augenblick passiert.

Deswegen werde ich die Politik der Bundesregierung und auch meine persönlichen politischen Entscheidungen nicht danach ausrichten, was kurzfristig populär ist, sondern ich werde sie danach ausrichten, was langfristig aus meiner Sicht und aus unserer Sicht richtig und notwendig ist für unser Land. Denn es geht nicht darum, jetzt einzelne Diskussionen um eine Haltelinie in der Rentenversicherung zu führen, also darüber, ob sie nun bei 48, 47,5 oder 47 Prozent liegt.

Das sind alles wichtige Diskussionen. Aber am Ende des Tages geht es in dieser Welt, in der wir heute leben, in dieser Welt, in der autoritäre politische Führungen versuchen, die Welt unter sich aufzuteilen, wo sie regelbasierte Ordnungen grundsätzlich infrage stellen, wo alles infrage gestellt wird, was wir nach 1990 in Deutschland und in Europa gemeinsam auf den Weg gebracht haben, in dieser Welt geht es schlicht und ergreifend nur um eines: um unsere Selbstbehauptung in Freiheit und im Frieden. Das ist die oberste Maxime dessen, was mich leitet, auch jetzt in der Auseinandersetzung mit den politischen Wettbewerbern in Deutschland.

Wir müssen dafür sorgen, dass wir ein Land bleiben – Sie hier in der Stadt Berlin haben dafür ein besseres Gefühl als viele andere in unserem Land –, in dem wir frei und friedlich miteinander leben können. Das ist nie so infrage gestellt worden wie gegenwärtig. Deswegen wird mein ganzes Bestreben darauf ausgerichtet sein, in genau einem solchen Land zu leben, das frei ist, das sicher ist, in dem die Menschen sich entfalten können und das den Namen einer freiheitlichen, liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft verdient.

Wenn Sie an dieser Arbeit und an dieser Aufgabe mitwirken wollen – und ich weiß, dass Sie das alle gemeinsam wollen, gerade hier in der IHK in Berlin –, dann sind Sie herzlich eingeladen, das zu tun. Lassen Sie uns nicht jeden kleinen parteipolitischen Streit sofort zum Grundsatzstreit werden lassen, sondern lassen Sie uns gemeinsam darum ringen, dass wir auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in einem freien, offenen, liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Land leben. Unsere Kinder und unsere Enkelkinder haben es verdient.

Herzlichen Dank.

* * * * *